

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal erst Bestellgeld. Bestel-
lungen nebmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Stottbuserdamm 231.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierpallige Zeilengänge 30 Pf.
Stellenangebote 20 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 20 Pf.; Veranun-
dungsanzeigen 10 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen

Nr. 22.

Berlin, den 1. Juni 1907.

23. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Wir weisen an dieser Stelle nochmals auf unsere Bekanntmachung in Nr. 19 der „Buchbinder-Zeitung“ hin und machen ganz besonders auf die folgenden Bestimmungen aufmerksam:

„Die Resultate der Wahl sind von den nach Ziffer 9 al. a des Wahlreglements (auf Seite 30–32 im Anhang zum Statut) ernannten Wahlkommissionen sofort nach beendigter Wahlhandlung, spätestens aber am Sonntag, den 2. Juni, vormittags, zusammenzustellen und dem Bevollmächtigten des Vororts sofort zu übermitteln.“

Der Bevollmächtigte des Wahlbezirksvorortes hat die eingegangenen Resultate sofort zusammenzustellen und müssen die Wahlergebnisse bis spätestens Mittwoch, den 5. Juni, mit der Unterschrift von mindestens zwei Kontrollleuten versehen, dem Verbandsvorstand zugesandt sein. Als Kontrollleute sind die örtlichen Revisoren zu bestimmen. Bei jedem gewählten Delegierten ist dessen genaue Adresse mit anzugeben, damit die Mandatsformulare usw. direkt an dieselben gesandt werden können.

Für die korrekte Durchführung der Wahlen sind die örtlichen Bevollmächtigten, die Gaubevollmächtigten, die ernannten Wahlkommissionen verantwortlich; für die Richtigkeit des uns zu übermittelnden Wahlergebnisses sind die Kontrollleute verantwortlich.“

2. Um Irrtümer im Kleben der Beitragsmarken zu vermeiden, wolle man beachten, daß für die Woche vom 2. bis 8. Juni das mit der Ziffer 23 bezeichnete Beitragsfeld im Mitgliedsbuch oder -karte zu bekleben ist. Der Beitrag ist nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

3. Um eine Einheitlichkeit im Kleben der ersten Lüttungsmarken bei Neueintretenden zu erreichen, wollen die örtlichen Funktionäre beachten, daß für alle diejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche die Anmeldung an den ersten vier Wochentagen, also Sonntag, Montag, Dienstag und Mittwoch vollziehen, für die jeweils laufende Woche die Beitragsmarke zu kleben ist, während für alle diejenigen, die am Donnerstag, Freitag und Sonnabend die Anmeldung vollziehen, die erste Marke für die folgende Woche zu kleben ist.

Der Verbandsvorstand.
S. N.: Loth.

Die Anträge zum Verbandstag.

Erklärlicherweise nehmen, wie immer, die auf die Unterstützungen bezüglichen Anträge den breitesten Raum ein. Eine Erweiterung der Reise- und Arbeitslosenunterstützung halten nicht nur wir, sondern sicher auch sonst noch ein namhafter Teil derjenigen Kollegen, die Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen bestrebt sind, für ausgeschlossen, so lange nicht die Beiträge angemessen erhöht werden. Da dies aber kaum der Fall sein dürfte und die beantragten Beitragserhöhungen zumest anderen Zwecken dienen sollen, so hat der Ver-

bandsvorstand in seinem Antrag 39 auch von einer Erhöhung der Unterstützung abgesehen. Wenn er die Dauer der Unterstützungszeit für die dritte Beitragsklasse auf 45 Tage herabsetzte, so aus dem Grunde, weil er eine Erhöhung des Beitrags für rein gewerkschaftliche Zwecke um 5 Pf. pro Woche für unbedingt notwendig hält. Da aber eine Steigerung des Beitrags in dieser Beitragsklasse nicht wünschenswert erschien, um die minder entlohnerten Kollegen nicht mehr zu belasten, so wählten wir eine Ermäßigung der Bezugszeit. Zwar hätte uns auch eine Herabsetzung der Unterstützungsätze bei Ausarbeitung unseres Antrages freigestanden, doch glaubten wir hierdurch nicht die Wünsche der Mitglieder zu treffen. Ist allerdings der Verbandstag für einen Wochenbeitrag von 50 Pf. in der 3. Beitragsklasse, so könnte auch für diese dieselbe Unterstützungsdauer wie in der 4. Beitragsklasse gelten. Für die 1. Beitragsklasse konnte naturgemäß keine hohe Unterstützung angelegt werden, ebensowenig auch für die jugendlichen männlichen Arbeiter der 2. Beitragsklasse, denen zunächst die Möglichkeit geboten werden soll, sich für einen ihrem Lohne entsprechenden Beitrag zu organisieren, und die sowieso mit dem vollendeten 18. Lebensjahre in die 3. Beitragsklasse übertreten. Da uns Erfahrungen mangeln, inwieweit die jugendlichen Arbeiter von Arbeitslosigkeit betroffen werden, so mußten wir bei Bemessung der Unterstützung vorsichtig sein. Anders verhält es sich mit den weiblichen Mitgliedern der 2. Beitragsklasse, da der prozentuale Anteil an der Arbeitslosigkeit bei ihnen nicht so groß ist, wie bei den männlichen Mitgliedern. Von einer etwaigen Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung müssen wir aber auch hier dringend abraten, da bei der gesteigerten Länge und Größe der wirtschaftlichen Kämpfe die von uns vorgeschlagene Beitragserhöhung für diesen Zweck reserviert bleiben muß. Das war bei allen unseren Anträgen überhaupt unser Leitmotiv, d. h. ein richtiges Verhältnis zwischen den verschiedenen Ausgabenposten herzustellen und die Wehrhaftigkeit unseres Verbandes dabei nicht zu kurz kommen zu lassen. Eine Bemerkung noch zu dem Befall der Reisenunterstützung nach einer Zwöschigen Mitgliedschaft: Die Aufrechterhaltung dieser Unterstützungsstufe entspricht keinem Bedürfnis mehr, da die Zahl der Bezahler ständig zurückgeht. Es wurden ausgezahlt im Jahre

1904 an 586	Bezahlte für 10.299 Tage	5150,—	Mark
1905 „ 215 „	„	3448 „	1721,50
1906 „ 205 „	„	3361 „	1680,25

Und das, trotzdem die auszahlbare Unterstützungssumme im Jahre 1904 nur 39 119,82 Mark betrug, dagegen 1905 68 788,35 Mk. und 1906 60 913,15 Mk. Außerdem ist es für die Mitglieder vorteilhafter, eine höhere Karenzzeit durchzumachen, da die Unterstützungsätze verhältnismäßig besser sind.

Nach diesen unseren grundsätzlichen Darlegungen ist unsere Stellung zum Antrag 40 von selbst gegeben. Derselbe berücksichtigt die Inanspruchnahme erhöhter Beiträge durch Lohnbewegungen gar nicht und setzt die Unterstütz-

ungen zu hoch an. Wir greifen ein Beispiel heraus. Bei dem jetzigen Beitrag von 20 Pf. für weibliche Mitglieder können dieselben bei 260 Beiträgen gleich 52 Mk. 50 Pf. an Unterstützung beziehen, also 96 Proz. der gezahlten Beiträge. Nach dem Antrag 40 aber bei 260 Beiträgen à 25 Pf. gleich 65 Mk. 70 Pf. Arbeitslosenunterstützung gleich 108 Proz. der gezahlten Beiträge; also Steigerung um 12 Proz. Nun machen aber die Frankfurt-Offenbacher Kollegen keinen Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern, sondern sie teilen die Beitragsklassen lediglich nach Verdienstklassen ein, wie das aus Antrag 14 hervorgeht. Es würden daher auch, entsprechend diesem Antrag, alle männlichen Mitglieder, die bis 17,25 Mk. verdienen, berechtigt sein, dieser 25 Pf.-Beitragsklasse anzugehören und die Unterstützung von 70 Mk. in Anspruch nehmen, was wiederum eine Bevorzugung der niederen gegenüber der höheren Beitragsklasse bedeuten würde. Denn kann nach dem jetzigen Statut ein männliches Mitglied bei 260 Beiträgen à 45 Pf. gleich 117 Mk. in 60 Tagen 105 Mark gleich 90 Proz. seiner eingezahlten Beiträge an Unterstützung beziehen, so dort schon in der niedrigsten Beitragsklasse innerhalb 40 Tagen 108 Proz. seiner eingezahlten Beiträge. Diese Bergünstigung würden zum größten Teil die jüngeren Kollegen genießen, die meistens für nichts weiter, als für sich selbst zu sorgen haben. Wäre das gerecht? Nein und nochmals nein! Nun vergleiche man aber erst die Anträge Frankfurt-Offenbach mit denen des Verbandsvorstandes, so wird man sofort die entgegengekehrte Tendenz in ihnen finden. Vom rein humanitären Standpunkt aus betrachtet wäre ja das Prinzip durchaus nicht zu verwerten, daß die guten Verdienner eine etwas größere Beitragslast auf sich nehmen könnten. Allein wie viele sind so solidarisch gesinnt, wo kann der Geldlohn allein als Maßstab für das Einkommen der Kollegen genommen werden, und wie verschiedenfach sind dem einzelnen Pflichten als Ernährer und Fürsorger durch das Schicksal auferlegt? Mag daher auch mancher Grund für die Bergünstigung der schwachen Schultern angeführt werden, trotzdem alledem zwingen die Lesebedingungen die Gewerkschaften, nach dem Prinzip zu verfahren: „Hohe Beiträge, hohe Unterstützungen!“

Hat man sich einmal mit dieser bitteren Notwendigkeit abgefunden, so muß man auch konsequent danach handeln. Aus diesem Grunde muß man auch zu einer Ablehnung des Antrags 41 kommen, da er in Verbindung mit dem Antrag 74, der eine Krankenunterstützung auch für männliche Mitglieder bis zur Höhe von 90 Mk. eingeführt wissen will, bei Beiträgen herunter bis zu 45 Pf. nicht durchführbar wäre, wenn gleich nicht verkannt sein soll, daß in der niedrigsten Beitragsklasse dafür die Arbeitslosenunterstützung wesentlich heruntergesetzt worden ist. Antrag 42 ist mannehrbar, da er selbst bei 35 Pf. Wochenbeitrag nicht nur dieselben Unterstützungsätze wie bisher festgelegt wissen will, sondern sie sogar bei 520 wöchentlichen Beitragsleistung bis auf 180 Mk. bei

2,25 Mk. täglicher Rate hinausschrauben will. Ein schlagendes Beispiel dafür, wie sich manche Wünsche ins Ungemessene steigern, wenn nicht Adam Nieße als Rate bei derartigen Wunderkindern mit herangezogen wird. Bei 520 Wochenbeiträgen à 35 Pf. zählt nämlich ein Mitglied in Summa an die Verbandskasse 182 Mk. Es könnte aber während dieses Zeitraumes sehr wohl mehrmals Umzugsunterstützung und Streikunterstützung bezogen haben und wäre trotz alledem nach einer weiteren Beitragsleistung von 26 Wochen immer wieder imstande, aufs neue 180 Mk. an Arbeitslosenunterstützung zu genießen. Mit dieser Würdigung des Antrags mag es genug sein; die gleiche müssen wir den Anträgen 43 bis 45 zuteil werden lassen, während wir dem Antrag 46 aus den bereits entwickelten Grundrissen zur Beitrags- und Unterstützungsfrage ablehnend gegenüberstehen. Den Antrag 47 haben wir schon in unserem Antrag 39 abgelehnt. Dagegen müssen wir uns gegen den Antrag 48, der glücklicherweise der einzige seiner Art ist, aussprechen, da in den meisten Gewerkschaften die Karenzzeit zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung erst nach Ablauf von 7 Tagen nach gemeldeter Arbeitslosigkeit beginnt. Der Antrag 49 widerspricht dem, was wir zu Antrag 39 gesagt haben, während der Antrag 50 in Verbindung mit den Anträgen 15 und 43 bis 45 zu betrachten und entsprechend dem dort Gesagten zu würdigen, also unbedingt abzulehnen ist.

Auch zu Antrag 51 bedarf es keiner langen Ausführungen, da er ein organischer Bestandteil der Anträge des Verbandsvorstandes ist. Der geringen Beitragsleistung in der 1. Beitragsklasse entspricht die verhältnismäßig lange Karenzzeit zum Wiederbezug von Unterstützung, was auch für männliche Mitglieder der 2. Beitragsklasse gilt, während für die weiblichen Mitglieder dieser Klasse die alte Karenzzeit beibehalten wurde, da eine Erhöhung der Beiträge vorgesehen ist. Ob für die jugendlichen Arbeiter über den Vorschlag des Verbandsvorstandes in bezug auf Unterstützung und Karenzzeit hinauszugehen werden darf, kann wohl dem Verbandstag anheimgestellt werden. Gegen den Antrag 52 müssen wir uns erklären, da § 22 unseres Statuts zusammen mit den Uebergangsbestimmungen, welche in Nr. 39 der „Buchbinder-Zeitung“ vom Jahre 1904 veröffentlicht wurden, in weitgehendstem Maße die Rechte der Mitglieder in bezug auf Arbeitslosenunterstützung wahr, so daß viele Mitglieder hierin schon ein Hinsinngen über das erblicken, was eigentlich der Verbandstag zu Dresden sinngemäß beschlossen hat. Der Antrag 53 ist nicht unbeachtlich und ist jedenfalls der Erwägung entzogen, daß unser Verband den weiblichen Mitgliedern hohe Unterstützungen bietet. Was der Antrag 54 will, ist eine weitgehende Ausdehnung des § 22, die unannehmbar ist. Der Antrag 55 ist durchaus berechtigt und wird wahrscheinlich die Zustimmung des Verbandstages finden, denn wer tarifmäßige Arbeit nachgewiesen bekommt und lehnt sie ohne zwingenden Grund ab, geht dadurch des Rechtes auf Arbeitslosenunterstützung verlustig, da er nicht mehr arbeitslos zu sein braucht. Auch im Antrag 56 steckt ein berechtigter Kern, doch wird man erst die Meinung der Verbandstagsdelegierten abwarten müssen, ob die Fassung eine richtige ist.

Alle Funktionäre unseres Verbandes, denen an einer geregelten Klassenführung gelegen ist, werden mit uns eines Sinnes sein, daß eine pünktliche Beitragszahlung in jeder Beziehung wertvoll und ganz besonders im Interesse der Mitglieder selbst gelegen ist, um die Fluktuation und den Verlust wohlverworbener Rechte der Mitglieder zu verhindern. Eine allwöchentliche Beitragszahlung ohne jegliche Reste ist daher das Ideal jeder Gewerkschaft und diesem Bestreben entsprang der Antrag 57, der für lässige Beitragszahler ein Ansporn sein soll. Auf den Antrag 58 trifft dasselbe zu, was wir betreffs des Antrages 55 gesagt haben. Zum § 24 liegen die Anträge 59 bis 63 vor. Drei davon be-

schäftigen sich mit der Einführung einer Karenzzeit für den Bezug von Streik- und Gemäßigtenunterstützung. Daß eine Karenzzeit wünschenswert und in der Regel durchführbar ist, kann ernstlich nicht mehr bestritten werden, nachdem sie von einer ganzen Anzahl von Verbänden eingerichtet worden ist und der Werbestraft derselben nicht nur nicht geschadet, sondern dieselbe noch gefördert hat. Einstimmig dürfte die Ansicht über die Gerechtigkeit einer solchen Einrichtung sein, da eine große Ungerechtigkeit darin liegt, daß Leute, die einen und zwei Beiträge bezahlt haben, genau so gut und genau so viel Streikunterstützung bisher bekamen, als solche Mitglieder, die jahrelang dem Verbandsverbande eingereiht worden sind und der Werbestraft derselben nicht nur nicht geschadet, sondern ihre ganzen Kräfte geweiht hatten. Gegen die Anträge 60 und 61 kann man grundsätzliche Einwendungen nicht erheben, das Beste wird aber wohl sein, wenn dem § 24 eine neue Fassung gegeben wird, die ungefähr so lauten könnte, wie sie schon in den „Bestimmungen“ betr. Maßregelungen (Seite 25 des Statuts) enthalten ist, unter Berücksichtigung der Anträge 59, 61, 62 und 63, während der Antrag 60 sich dann als überflüssig erweisen dürfte.

Zur Umzugsunterstützung beantragt der Verbandsvorstand im Antrag 64 eine präzisere Feststellung darüber, daß innerhalb eines Jahres nicht mehr als einmal Umzugsunterstützung ausbezahlt werden darf, da der Absatz c des einschlägigen § 25 hierüber Zweifel aufkommen ließ, wie durch verschiedene Fälle erwiesen wurde. Geteilter Meinung kann man über den Antrag 65 sein, da z. B. Mitglieder, welche 10 Jahre lang dem Verbandsverbande angehört haben und sich etablieren, keine Umzugsunterstützung bekommen, weil sie nicht in ein neues Arbeitsverhältnis treten, während andererseits angenommen wird, daß für solche Fälle die Umzugsunterstützung nicht notwendig und die Wahrscheinlichkeit vorliegend sei, daß zu selbständigen Meistern aufgerichtete Kollegen dem Verbandsverbande bald den Rücken kehren würden.

Die Krankenunterstützung wird auf dem Verbandstage nicht den letzten Rang einnehmen, was schon aus den zahlreichen Anträgen hervorgeht, die zugleich eine Majorität für Krankenunterstützung überhaupt erkennen lassen, so daß man mit deren Einführung für männliche Mitglieder wohl rechnen kann. Es heißt demnach auch nicht mehr, die Nützlichkeit einer solchen Unterstützung für unseren Verband nachzuweisen, sondern zu erfordern, in welchen Anträgen das unter den gegebenen Verhältnissen beste enthalten ist. Wir beginnen mit dem Antrag 69 des Verbandsvorstandes. Nicht nur weil er der erste in der Reihenfolge ist, sondern auch weil er seinen Unterbau in einem angemessenen Beitrag findet und deswegen den Vorzug verdienen dürfte. Für einen Wochenbeitrag von 10 Pf. werden wir kaum höhere Unterstützungssätze nehmen können; selbst dies aber trotzdem möglich sein, so wird sich nach drei Jahren noch hierzu Gelegenheit bieten, wo wir Erfahrungen gesammelt haben werden. Der Antrag 70 bietet in seinem ersten Teil dasselbe, wie der Antrag 69, sinkt aber unter denselben, wenn man bedenkt, daß die Krankenunterstützung von 60 Pf. täglich für weibliche Mitglieder bei einem Wochenbeitrag von 45 Pf. gezahlt werden soll. Der Antrag 71 bedeutet insofern ein Hinausgehen über die Sätze des Antrags 69, als bei ihm mit einem Beitrag von 20 Pf. gerechnet wird. Auch im Antrag 72 soll eine Verbesserung des bisherigen Zustandes eingeführt werden, da Krankenunterstützung vom ersten Tage an gezahlt werden soll, falls die Krankheit 8 Tage dauert. Getreu unserer früheren Darlegungen können wir diese Anträge nicht empfehlen, noch viel weniger aber den Antrag 74, der in seinen hochgeschraubten Leistungen gar keinen Unterschied zwischen denjenigen Mitgliedern macht, die 15 und 60 Pf. Beitrag bezahlen. Der Antrag 75 weist als einzigen Unterschied gegen Antrag 69 eine höhere Unterstützungssätze für weibliche Mitglieder mit 200 Wochenbeiträgen auf. Mit dieser Ausnahme findet er unsern Beifall.

Gegen die Unterstützungssätze des Antrags 76 hätten wir weiter nichts einzuwenden, als die Vielheit der Klassifizierung zu bemängeln. Mit den 3 Klassen des Antrags 69 dürften wir auskommen. Aber viel zu weitgehend ist die Uebertragung des § 22 auf die Krankenunterstützung, die der Antrag fordert. Vom finanziellen Standpunkt aus läßt sich gegen Antrag 77 nichts vorbringen, wohl aber werden die Mitglieder kaum bereit sein, dem Antrag günstige Seiten abzugewinnen. Für eine „freiwillige Krankenzuschußkasse“, wie sie der Antrag 78 eingeführt wissen will, können wir uns nicht erwärmen; sie wäre ein zum Fehlschlag auserkorenes Experiment. Der Antrag 79 gehört eigentlich zu den beiden anderen Düsseldorf Anträgen 73 und 74 und würde bei Annahme des Düsseldorfer Unterstützungssystems keine Bedenken erwecken. Da wir das letztere aber nicht für akzeptabel halten, kommen wir auch zu einer Ablehnung dieses Antrags.

Die Hinterbliebenenunterstützung auch Kindern über 16 Jahre auszusprechen, wie Antrag 80 will, ist nicht unbedingt notwendig, zumal der Antrag gar keine Altersgrenze nach oben festsetzt. Unsere Hinterbliebenenunterstützung so zu erhöhen, wie es der Antrag 81 festsetzt, liegt gleichfalls keine Veranlassung vor, da wir gerade auf diesem Gebiet mit den bisherigen Sätzen mehr als genügend leisten, weshalb auch der Verbandsvorstand im Antrag 82 eine Herabsetzung für die dritte Beitragsklasse beantragt. Weitere Gründe hierfür haben wir in der vorausgegangenen Besprechung wiederholt angeführt, weshalb wir sie uns hier ersparen können.

Der deutsche Buchbinder-Verband im Jahre 1906.

Bedeutend umfangreicher als seine Vorgänger präsentiert sich der Bericht des Verbandsverbandes für das Jahr 1906, der in den letzten Tagen erschien. Zum siebenten Male nimmt damit unsere Zentralleitung Veranlassung, ihre Tätigkeit sowie die Entwicklung unserer Organisation innerhalb des letzten Jahres in einem gedrungenen Bericht festzulegen und damit einen wertvollen Beitrag zur Geschichte unseres Verbandes zu liefern. So zu begrüßen nun einesseits die Tatsache ist, daß unseren Kollegen und Kolleginnen dadurch Gelegenheit gegeben ist, vollständig unentgeltlich über die Tätigkeit der Verbandsleitung, über die Fortentwicklung unserer Organisation sich zu informieren, so bedauerlich ist andererseits wieder, daß nur eine verhältnismäßig kleine Zahl unserer Verbandsangehörigen auf den Besitz eines derartigen Tätigkeits- und Rechenschaftsberichtes besonderen Wert zu legen scheint. Es müßte eigentlich ein jedes Verbandsmitglied ein Interesse daran haben, wie die Geschichte unserer Organisation sich gestaltet, wie die Entwicklung derselben vor sich geht, wie die leitenden Personen die ihnen übertragenen Arbeiten zur Ausführung zu bringen suchen, kurz, wie sich überhaupt das ganze Verbandsleben innerhalb des verflossenen Zeitabschnittes abgespielt hat. Nichts, oder doch nicht viel von alledem. Stamm 20 bis 25 Prozent unserer Kollegen und Kolleginnen trägt das Verlangen in sich, alles dies kennen zu lernen. Dabei wäre nichts natürlicher, als daß die hinter uns liegende Zeit auch dem Gleichgültigsten das Blut rascher durch die Adern rollen ließe, daß sie ihn aufmunterte, den Vorgängen im öffentlichen Leben die notwendige Beachtung zu schenken. Und hier ist es doch in erster Linie keine Berufsorganisation, deren Wirken er nicht apathisch, stumpf gegenüberstehen sollte.

Der erste Teil des Berichts befaßt sich zunächst mit der Mitgliederbewegung, die, in der Hauptache tabellarisch dargestellt, zu mancherlei Betrachtungen und Vergleichen Anlaß bietet. Daß das vergangene Jahr für unsere Organisation ein besonders arbeitsreiches gewesen ist, wird mit illustriert durch den Umstand, daß nicht

weniger als wie 12 169 Personen unserem Verbands begetreten sind. Eine Unsumme von Arbeit und persönlicher Aufopferung verbirgt sich hinter dieser Zahl, aber sehr schlecht wird diese eminente Arbeitsleistung belohnt. Nur 21,4 Prozent von diesen 12 169 Personen blieben dem Verbands als Mitglieder erhalten. Im Vorjahre waren es nur 18 Prozent, es ist also immerhin eine nicht zu unterschätzende Verbesserung eingetreten. Wohl sehen wir daran, daß unsere Organisation im steten Wachstum begriffen ist, aber im Hinblick auf die hinter uns liegenden Ereignisse kann uns ein solcher Fortschritt, Erhöhung der Mitgliederzahl am Jahres-schluß um 2610 Personen = 14,6 Prozent, nicht sonderlich befriedigen. Interessante Aufschlüsse gibt uns die getrennte Behandlung der männlichen und weiblichen Personen. Da finden wir, daß z. B. bei den ersteren 16,8, bei den letzteren dagegen 24,1 Prozent sich als dauernde Mitglieder erwiesen haben. Im Vorjahre war das Verhältnis umgekehrt, indem da von den neu eingetretenen männlichen Mitgliedern 20,6 Prozent, von den weiblichen dagegen nur 15,8 Prozent dem Verbands als Mitglieder erhalten blieben. Diese Zahlen lehren, daß unsere Organisation sich besonders erfolgreich mit der Agitation unter unseren Kolleginnen befaßt. So hat sich im Laufe des vergangenen Jahres die Mitgliederzahl der männlichen Verbandsmitglieder um 6,74 Prozent, die der weiblichen dagegen um 27,55 Prozent erhöht. Noch schärfer tritt dieses immerhin erfreuliche Moment zutage, wenn man die Zahlen der Neueingetretenen denen des durchschnittlichen Bestandes entgegenschält. Der durchschnittliche Bestand im Jahre 1906 betrug 11 619 männliche und 8718 weibliche, neu eingetreten sind dagegen 4454 männliche und 7715 weibliche Personen. Auf 100 männliche Mitglieder im durchschnittlichen Bestand entfallen also 38,33 Neuaufnahmen, auf 100 weibliche dagegen 88,49. Aus diesen Zusammenstellungen ist zu ersehen, daß es für uns verhältnismäßig leicht ist, das weibliche Element zu organisieren, unendlich schwerer dagegen, es in unseren Reihen zu halten. Jedenfalls stehen wir hier vor der Aufgabe, nach Wegen zu suchen, unsere Kolleginnen mehr an die Organisation zu fesseln, der Fluktuation vorzubeugen. Die zuletzt angegebenen Zahlen werden keineswegs — wie vielleicht angenommen werden könnte — von der vorjährigen Aussperrung übermäßig beeinflusst, denn das gleiche Bild bietet uns bereits das Jahr 1905, in dem auf 100 männliche Mitglieder im Durchschnitt 38,9 Neuaufnahmen, auf 100 weibliche dagegen 74 entfielen.

Der nächste Abschnitt bietet eine Uebersicht über die einzelnen Gauen und die in diesen entfaltete Tätigkeit zur weiteren Ausbreitung unserer Organisation, dem sich dann der Hauptteil, die Schilderung der Aussperrung in Berlin, Leipzig und Stuttgart anschließt. In ausführlicher Weise werden alle Momente und die einzelnen Phasen des gewaltigen Ringens uns nochmals vor Augen geführt und manche Episode, die aus naheliegenden Gründen nicht in weitere Preise gedrungen war, wird hier zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Gerade dieser Teil des Jahresberichtes ist der beachtenswerteste und trägt das eingehende Studium derselben sehr viel zur richtigen Würdigung des vorjährigen Kampfes bei.

Der nächste Teil legt Zeugnis davon ab, daß unsere Organisation trotz der Konzentrierung aller Kräfte auf Berlin, Leipzig und Stuttgart nicht zu der Ohnmacht verurteilt war, die man ihm von gegnerischer Seite so sehr wünschte. In einer großen Anzahl Zahlstellen und Einzelmitgliedschaften trat unsere Kollegenschaft an die Arbeitgeber mit Lohnforderungen usw. heran. Leider kann eine genaue Zusammenstellung, welche Erfolge bei diesen Vorgehen erzielt wurden, nicht gegeben werden, da ein großer Teil unserer Funktionäre auf eine genaue Bericht-erstattung immer noch viel zu wenig Wert legt.

Die Institution der Bezirksleiter, welche vom letzten Verbandstag für unsere Organisa-tion eingeführt wurde, wird im nächsten Kapitel

einer eingehenden Würdigung unterzogen und jedann die Frage, sollen örtliche Beamte seitens des Verbandes angestellt werden, zu lösen ver-sucht.

Aufschlüsse über die Finanzgebarung gibt uns der ebenfalls bis ins kleinste detaillierte Kas-senbericht.

Die Eintrittsgelder belaufen sich bei den männlichen auf 2568 Mk. und bei den weib-lichen Mitgliedern auf 1657,80 Mk., zusammen 4225,80 Mk. In Beiträgen wurden ins-gesamt 313 692,40 Mk. geleistet. Es sind dieses gegenüber dem Vorjahre mehr 38 633,75 Mk. Von den männlichen Mitgliedern wurden ent-richtet 537 688 Beiträge à 45 Pf. = 241 959,60 Mark, von den weiblichen 358 664 Beiträge à 20 Pf. = 71 732,80 Mk. Die Extraneer brachte eine Einnahme von 47 707,90 Mk. Die eingeleiteten Sammlungen erbrachten 50 961,80 Mk. von Berufs- bezw. Verbandsange-hörigen selbst, 94 811,15 Mk. wurden uns durch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands aus den von ihr veranlaßten Sammlungen überwiesen, 6058,63 Mk. flossen uns von den ausländischen Bruderorganisa-tionen zu und 445,30 Mk. erhielten wir von ver-schiedenen Vereinen und Organisationen. An Zinsen vereinnahmten wir 7026,15 Mk. Das Verbandsorgan brachte 3686,52 Mk., und 644,08 Mark waren diverse Einnahmen. Die Ge-samteinnahmen des Verbandes des be-laufen sich auf 529 259,73 Mk. Gegenüber dem Vorjahre ist dieses ein Mehr von 237 258,02 Mk.

Unter den Ausgaben nehmen die für Streiks, Lohnbewegungen und Aussperrungen mit 555 678,83 Mk. die erste Stelle ein. An Gemahregelten-unterstützung mußten 52 375,40 Mk. ver-ausgabt werden. Die hohe Summe ist eine un-mittelbare Folge der geführten Kämpfe in den Tariffstädten und in den übrigen in Betracht kommenden Orten. Für Rechtschutz, Gerichts- und Anwaltskosten wurden 1531,69 Mk. gebraucht. Die gesamten Ausgaben hierfür kommen jedoch in dieser Ziffer nicht völlig zum Ausdruck, da die während und infolge des Streiks und der Aussperrungen entstandenen Rechtschutz- usw. Kosten in den Ausgaben für Streiks mit enthalten sind. Für Arbeits-lo-senunterstützung mußten 60 913,15 Mark aufgewendet werden. An dieser Summe partizipieren 2417 Personen, welche für 57 947 Tage Unterstützung erhielten. Für Kranken-unterstützung wurden 12 305,20 Mk., für Um-zugsunterstützung 2825 Mk. und für Hinter-bliebenenunterstützung 1792 Mk. zur Aus-zahlung gebracht. Zur Deckung lokaler Aus-gaben verblieben den einzelnen Zahlstellen und Gauen 48 226,97 Mk. Für Agitation, Agita-tionsmaterial sowie für Gehälter an die beiden Bezirksleiter wurden 14 890,16 Mk. aufgewandt. Die Verwaltungskosten persönlicher Art verur-sachten eine Ausgabe von 9468,55 Mk., und diese sächlicher Art eine solche von 13 672,08 Mk. Die „Buchbinder-Zeitung“ verursachte einen Kosten-aufwand von 27 605,34 Mk. Die durchschnitt-liche Auflage betrug im ersten Quartal 19 970 Exemplare, im zweiten 22 410, im dritten 23 338 und im vierten Quartal 23 015 Exemplare. Für ein Mitglied kam die „Buchbinder-Zeitung“ nach Abzug der Einnahmen auf 1,17 Mk. zu stehen oder pro Nummer auf 2,25 Pf. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Verbilligung von 15 Pf. pro Mitglied und 0,25 Pf. pro Nummer eingetreten. Das Vermögen des Verbandes betrug am Jahres-schluß insgesamt 110 451,56 Mk., davon waren in der Hauptkasse 9473,93 Mk., in den Kas-sen der Zahlstellen und Gauen 31 618,34 Mk. und 69 359,29 Mk. waren lokales Vermögen der Zahlstellen und Gauen. Gegenüber dem vorigen Jahre ist eine Vermögensabnahme in den Kas-sen des Verbandes direkt von 272 240,62 Mk. und in den lokalen Kas-sen von 54 995,43 Mk. vor-handen.

Prozentual gestalten sich die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes in folgender Weise: Die Einnahmen bestehen aus 0,8 Proz. Eintrittsgeldern, 59,3 Proz. Beiträgen, 9 Proz.

Extrabeiträgen, 28,8 Proz. Erträgnis der Sammlungen, 1,3 Proz. Zinsen, 0,7 Proz. aus dem Verbandsorgan und 0,1 Proz. Diverses. Verwendet wurden von den Einnahmen für Ar-beitslosenunterstützung 11,5 Proz., für Kranken-unterstützung 2,3 Proz., für Hinterbliebenen-unterstützung 0,4 Proz., für Streiks, Lohn-bewegungen und Aussperrungen 105 Proz., für Gemahregeltenunterstützung 9,9 Proz., Rechts-schutz usw. 0,3 Proz., Umzugsunterstützung 0,5 Proz., für Ausgaben der örtlichen Bevollmäch-tigten 9,1 Proz., für Agitation und Agitations-material 2,8 Proz., Verwaltungskosten persön-licher Art 1,8 Proz. und sächlicher Art 2,6 Proz. sowie für das Verbandsorgan 5,2 Proz. Mehr ausgegeben sind somit 51,4 Proz. Die Deckung erfolgte aus dem Vortrag von 1906.

Die Beitragsleistung der männlichen Mit-glieder hat sich im Laufe des Berichtsjahres etwas gebessert. Im Vorjahre entfielen auf ein männliches Mitglied im Durchschnitt 1,6 Reste, im Jahre 1906 dagegen nur 1,3. Die Leistung der weiblichen Mitglieder dagegen hat sich etwas verschlechtert, da im Jahre 1905 1,1 Reste zu verzeichnen waren, 1906 dagegen ebenfalls 1,3.

Den Beschluß des Jahresberichtes bilden die Berichte der beiden Bezirksleiter sowie der Zen-tralkommission der Kontobucharbeiter.

So zeigt uns der Jahresbericht eine immense Fülle intensiver Arbeit, die in der Steigerung der Mitgliederzahl, in der Er-ringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in vielen Städten — trotz Aussperrung — erkennbar ist. Er zeigt uns, daß der Deutsche Buchbinderverband trotz aller Unannehmlich-keiten, von denen er heimgesucht wurde, mit-marschiert mit dem Gros der deutschen Gewerkschaften und seinen Teil zur Befreiung der Ar-beiterklasse mit beiträgt.

Die Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Buchbinder und verw. Berufe zu Berlin.

Es war wohl die Zeit um 1894/95, als in unserer Berliner Zahlstelle der Kampfruf erscholl, Presse zu schlagen in das veränderte Verwaltungs-wesen vorgenannter Kasse. So kam es denn auch, daß bei der Delegiertenwahl zur Generalversamm-lung 1896, trotz aufgestellter Gegenliste, die der organisierten Kollegenschaft mit überwältigender Majorität gewählt wurde. Nach dieser grund-legenden Wahl war für spätere Wahlen gleicher Art kein Resonanzboden für Streikbrecher und Kon-sorten mehr vorhanden und überließ man das Feld der III organisierten „sozialdemokratischen“ Kollegenschaft. Man glaube jedoch recht zu tun, den im Portefeuille-Verband organisierten Kassemit-gliedern eine Anzahl Delegierte zu überlassen und stand ja dem auch nichts mehr im Wege, nachdem der Streitpunkt zwischen beiden Berufsorganisa-tionen seine Erledigung gefunden in Gestalt eines Parteilbertages. Die Aufgaben der Generalver-sammlung für die Kasse sind durch ein vom Magistrat zu genehmigendes Statut festgelegt, die Versammlung selbst besteht aus zwei Dritteln Ar-beitnehmern und ein Drittel Arbeitgebern. Nach diesem Statut hat auch die Generalversammlung bei den Wahlen von Bureaubeamten und deren Gehalts- und Anstellungsbedingungen ein Wortchen mitzureden. Damit komme ich zum eigentlichen Kernpunkt meiner Ausführungen.

Bei der Generalversammlung vom Herbst 1906 mit beivohnte, als dort ein Antrag des Vorstandes vorlag, den Kassenbeamten statt 8 Tage 14 Tage Ferien zu gewähren, mußte es verworfen, daß sich in unseren eigenen Reihen noch so rückständige An-sichten breit machen konnten: Einrichtungen, die im Gewerbe wenig anzutreffen seien, für die Kassen-beamten zu bewilligen. War diese Versammlung — wenn auch die Vorlage bewilligt wurde — kein Ruhmesblatt für unsere Berufsorganisation, dann ist ein passender Ausdruck nicht zu finden für das Verhalten eines Teiles der organisierten Kollegen in letzter Generalversammlung bei der Ver-abschiedung eines Anstellungsvertrages, welcher durch die Tarifgemeinschaft zwischen der Organisation der Ortskrankenkassen und einer solchen der Bureau-beamten genannter Kas-sen geschaffen wurde.

Man sollte meinen, daß über den Wert einer Tarifgemeinschaft in unserem Kollegenkreise nicht mehr geklitten werden braucht, nachdem so ge-waltige Opfer bei Durchführung solcher die Ge-werkschaften zu bringen hatten. Und wenn trotzdem

nach ein Teil unserer Leute, die doch nicht zu den Dummkisten zu zählen sind, die weil man dieselben sonst sicher nicht in das Amt gesetzt hätte, gegen die Einführung des Tarifentwurfes gestimmt und bei Ausführungen seitens der Arbeitgeber geradezu gebühert, dann müssen wir unbedingt hier mehr Aufklärungsarbeit verrichten.

Diesen Kollegen muß mehr Zusammengehörigkeitsgefühl beigebracht werden, damit sie auch im Umgang mit unseren Gegnern sich so verhalten, wie es sich für organisierte Kollegen ziemt. Ferner muß ein jeder auch den elementarsten Pflichten, die eines gewerkschaftlich organisierten Kollegen harren, auch in der Situation, wenn er als Arbeitgeber aufzutreten hat, gewachsen sein. Namentlich sollte man mehr Gewicht darauf legen, die Kollegenschaft geistig zu heben, die innere Festigkeit zu stärken, als allzu viel Gewicht auf eine große Mitgliederzahl zu setzen.

Berlin.

Karl Kroitor.

Bericht der Verhandlungen des sechsten Gantages des Ganes 6 Abgehalten am 12. Mai 1907 in Kiel.

(Schluß.)

Die Verhandlungen werden um 1½ Uhr wieder eröffnet und erhält Schlegel das Schlußwort, in welchem er betont, daß es ihm vorkomme, als wolle man für ihn auf dem Gantag einen Scheiterhaufen errichten. Zunächst begreife er nicht, wie Altona über seine Tätigkeit im Gau klagen könne. Fehler mache jeder Mensch, auch er sei nicht fehlerfrei; so habe er den Bericht über die Urabstimmung der Invalidenversicherung verbummelt. Am nächsten seien ihm Verbands Ausführungen gegangen, wonach er sich zuviel mit anderen Arbeiten befassen solle. Er konstatiere, daß er dazu äußerst wenig Zeit habe. Verndt wisse das, da derselbe nach Büch's Abgang die Gaugeschäfte kurz geführt habe. Die Vorwürfe über zu wenig Agitation seien ungerecht. Er sei immer für den Gau eingetreten. Seiner Ansicht nach müßten die Einzelmitglieder in Zukunft an die Verbandstafel zahlen. Wenn er Krüster oder Verndt nicht zu Vorträgen verwendet hätte, so deshalb, weil dieselben in Hamburg genug zu tun gehabt. Man solle ruhig fordern, daß er von seinem Posten als Gauleiter zurücktrete. Seine politische Ueberzeugung lasse er sich aber nicht nehmen.

Darauf wird eine Kommission gewählt, bestehend aus Zimmermann, Leinen und Windte, welche die Gauabrechnung zu prüfen haben.

Es folgen die Berichte der Zahlstellen und Einzelmitglieder.

Wihelm-Altona: Eine ausführliche Statistik über Lohn- und Arbeitsbedingungen ist von Altona aufgestellt und wird mit der Hamburger Statistik gemeinsam herausgegeben. Das Verbandsleben in Altona bewegt sich in ruhigen Bahnen. Es fehlt an Kollegen, welche sich der Arbeiten der Zahlstelle annehmen. Eine angebahnte, zeitgemäße Verjüngung mit der Zahlstelle Hamburg ist mit knapper Majorität abgelehnt worden. Die Verjüngung werde aber trotzdem kommen müssen, da ein gleiches Interessengebiet beide Zahlstellen gemeinsam verbinde. Die Kartonnagenbranche ist im Gegensatz zu Hamburg, die bestorganisierte, die Buchbinderei weniger vertreten. Die Altonaer Buchbinderei, bestehend aus Kleinmeistern mit äußerst wenig Gehülften, ist eine Institution, mit der in keiner Hinsicht etwas anzufangen ist. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 172, wovon der größere Teil aus Kolleginnen besteht. Der Versammlungsbesuch läßt zu wünschen übrig.

Ahrens-Hamburg: Zwischen den Hensburger Gehülften und der Innung ist ein Lohnarif vereinbart worden, der in Nr. 49 vorigen Jahres der „Buchbinder-Zeitung“ zum Abdruck kam. Organisiert waren 1905 durchschnittlich 23 männliche und 2 weibliche Mitglieder; 1906 25 männliche und 2 weibliche Mitglieder. Betriebe sind 22, unorganisierte 8 männliche und 6 weibliche Personen vorhanden. Der Zusammenhalt hat sich gebessert; der Versammlungsbesuch dagegen läßt noch zu wünschen übrig.

Krüster-Hamburg: Da ebenso wie von Altona eine umfangreiche Statistik vorliegt, welche als Broschüre herausgegeben werden soll, beschränkte er sich auf einen kurzen Bericht. Erfreulicherweise kann er berichten, daß seit dem letzten Gantage die Hamburger Zahlstelle sich um 161 Mitglieder vermehrt habe. Ebenfalls haben sich die Löhne durch ein friedliches Vorgehen in den Buchdruckerien bedeutend gebessert; haben doch die meisten Firmen einen Minimallohn von 28 Mk. festgesetzt. Da in Hamburg die Kollegen vorwiegend in Buch- und Steindruckerien sich befinden, ist dies für unsere bevorstehende Lohnbewegung von großem Wert. Das Interesse am Verbandsleben hat sich gebessert. Die frühere Arbeitsnachweislosigkeit in bezug der

Lokale ist jetzt beseitigt, da wir im Gewerkschaftshaus mit noch zwei Gewerkschaften, gemeinsam ein Bureau gemietet haben, in welchem alle obliegenden Arbeiten verrichtet werden. Außerdem ist auch das Hauskassieren eingeführt und werde daselbe weiter ausgebaut werden. Wir hoffen für die Zukunft auf ein weiteres Wachsen der Mitgliederzahl. Der weitausgedehnte Stadtkomplex mit den vielen Kleinmeistern bereitet der Agitation immense Schwierigkeiten und erfordert viel Opfer an Zeit und Geld. Der Mitgliederbestand beträgt gegenwärtig 318 männliche und 273 weibliche, zusammen 590.

Im Anschluß hieran gibt K r e m e r = Hamburg den Arbeitsnachweisbericht von Hamburg. Es konnten eine Anzahl Stellen nach dem Gau nicht besetzt werden, weil sich nur wenige Kollegen bereit erklärten, nach auswärts zu gehen.

	Arbeitslose Mitglieder		Besetzte Stellen		Gau VI	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.		
2. Quart. 05	86	55	2. Quart. 05	38	46	7
3. " 05	98	70	3. " 05	32	53	4
4. " 05	69	92	4. " 05	48	92	5
1. " 06	58	65	1. " 06	42	64	15
2. " 06	67	64	2. " 06	35	59	1
3. " 06	79	56	3. " 06	32	50	3
4. " 06	71	70	4. " 06	55	52	4
1. " 07	64	67	1. " 07	37	56	11
Summa:	592	537	Summa:	319	472	50

Frau Blum-Hamburg berichtet noch einiges aus der Hamburger Kartonnagenbranche.

Lübbe-Hamburg: Es sind folgende Vereinbarungen mit den Harburger Arbeitgebern getroffen worden: 9½stündige Arbeitszeit, Sonnabends eine halbe Stunde weniger; Bezahlung der Feiertage; der Minimallohn für Ausgelernte beträgt 18 Mk., für sonstige Gehülften 21 Mk. Diese Vereinbarungen werden strikte innegehalten. Mitgliederaufnahmen wurden 1905 sechs; 1906 drei und 1907 fünf vollzogen. Das Lehrlingswesen wird ganz besonders überwacht.

Leinen-Kiel: Mitglieder sind gegenwärtig 36 vorhanden, 1905 waren es 30. 1906 verloren wir infolge der Extrastener 7 Mitglieder, darunter einige der ältesten. Zugereist kamen 1906 18 Kollegen, abgereist sind 12, eingetreten 8, wegen Kosten gestrichen 7 Mitglieder. Ausgeschlossen wurde der frühere Vorsitzende, welcher während der letzten Aussperrung in Leipzig Streikbrecher wurde. Zweck Agitation wurde zu Anfang des Jahres eine Kommission gewählt, welche jedoch nur minimale Erfolge aufzuweisen hat. Die Massenverhältnisse sind keine rosig. Für die Lokalfasse wurde ein Extrabeitrag von 15 Pf. erhoben und zwar 10 Pf. für das Gewerkschaftshaus und 5 Pf. für örtliche Ausgaben. Durch den Arbeitsnachweis werden nur wenige Stellen vermittelt. Bei 10stündiger Arbeitszeit beträgt der Lohn nach dem Tarif von 1904 35 Pf. pro Stunde. Einzelne Geschäfte zahlen höhere Preise. Da am 1. November der Tarif sein Ende erreicht, wird beabsichtigt, im Herbst in eine Lohnbewegung einzutreten und sind die Kieler Kollegen der Hoffnung, einen besseren Tarif, als es der jetzige ist, zu erreichen.

Zimmermann-Lübeck: Die Mitgliederzahl betrug im Dezember 1905: 20 männliche und sechs weibliche; Dezember 1906: 25 männliche und acht weibliche; gegenwärtig sind es 33 Mitglieder. Vorträge wurden gehalten 1906: 10. Der Versammlungsbesuch läßt teilweise zu wünschen übrig. Kollegialität wird gepflegt.

Raufo-Woistod: In 12 Betrieben werden insgesamt 19 Gehülften und 15 Mädchen beschäftigt, davon sind 11 Gehülften organisiert. Die Arbeitszeit beträgt in Buchdruckerien 9½ Stunden, in Buchbindereien 10 Stunden. Die Löhne schwanken zwischen 18 und 21 Mk. Ein Werkführer bekommt 30 Mk., ein Gehülfe 12 Mk. bei Kost und Logis. Die Mädchenlöhne betragen 4—9 Mk. Die Ueberstunden werden in Buchdruckerien mit 35 Pf., in Druckerien mit 40 Pf. bezahlt.

Schütt-Schwerin: Im Ort befinden sich 14 Geschäfte, die in der Regel Arbeiter beschäftigen. Zwei Geschäfte haben 5—6, die übrigen nur 1 bis 2 Gehülften; insgesamt sind 25 Gehülften beschäftigt. Die Arbeitszeit beträgt in zwei Geschäften 10½ Stunden, in sieben 10 Stunden, in zwei 9½ Stunden, in neun 9 Stunden und in einem Geschäft 7 Stunden. Es haben zwei Gehülften an Lohn 17 Mk., ein Gehülfe 18 Mk., drei Gehülften 19 Mk., sieben 20 Mk., drei 21 Mk., drei 22 Mk., ein Gehülfe 22,50 Mk., drei Gehülften 25 Mk., ein Gehülfe 27 Mk. Organisiert sind 11 Kollegen.

Vorgen-Neumünster: In 5 Betrieben sind 12—15 Gehülften beschäftigt; davon organisiert durchschnittlich 5 Gehülften, die übrigen sind für die Organisation nicht zu gewinnen. Die Löhne sind im Verhältnis zu anderen Städten gleicher Größe

gut zu nennen. Bezahlt wird 22—30 Mk. In Kost und Logis befindet sich ein Kollege.

Nach kurzer Diskussion, aus welcher hervorgeht, daß sich die Keinen Zahlstellen statistischer Aufstellungen beschleunigen sollen, wird zum dritten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zum Verbandstage, geschritten. Das einleitende Referat hielt Schlegel-Hamburg. Derselbe hebt unter anderem folgendes hervor: Die geplante Invalidenunterstützung dürfte höchstwahrscheinlich abgelehnt werden, und das wäre seiner Meinung nach nur ein Vorteil für den Verband. Seine Stellung zu den übrigen Unterstützungen sei bekannt, er halte dieselben für geeignet, der Gewerkschaft den Kampfcharakter zu nehmen. Daß immermehr in den Gewerkschaften und so auch in unserem Verbands sich die Tarifverträge breit machen, bedauere er. Die Tarife seien nur dazu da, um von den Unternehmern, wenn es gerade paßt, gebrochen zu werden. Die Aussperrungen seien nichts weiter als eine Folge der Tarifabschlüsse. Wenn auf dem Verbandstage ein Beschluß gefaßt werde, den Leipziger Tarifabschluß auf das ganze Reich auszudehnen, dann sei das Anfinn. Man könne Lohn- und Arbeitsbedingungen stellen ohne Vertrag. Hauptsache sei, daß die Organisation stark genug ist, um dafür zu sorgen, daß die Arbeitsbedingungen auch aufrecht erhalten werden. Das Prinzip der Tarifbewegung wäre in unserem Verwerk ökonomisch fast unmöglich. Die Leipziger Affordarbeit wäre wohl der größte Krebschaden der Buchbinderei. Auf dem Nürnberger Verbandstage müsse einmal ganz energig gefordert werden, die Affordarbeit zu beseitigen. Vor allem aber müsse gegen die Tarifverträge Sturm gelaufen werden. Was den Staffelleitrag anbelangt, so müsse derselbe angenommen werden.

Im Anschluß hieran hält Krüster ein Referat über den Zusammenschluß der graphischen Verufe. Krüster, welcher seinen Ausführungen statistisches Material zugrunde legt, führt eingangs aus, daß die Forderung über den Zusammenschluß der graphischen Verufe nicht neu sei, sondern schon zu recht lebhaften Polemiken in den Kreisen der beteiligten Verufe, mit Ausnahme der Buchdrucker, geführt habe. Mit dem Zusammenschluß der Arbeitgeber und den damit verbundenen rigorosen Aussperrungen der Arbeiter müsse in Zukunft mehr als bisher gerechnet werden. Deshalb sei es an der Zeit, zu erwägen, ob es nicht dringender ratfam sei, die verschiedenen Berufsverbände in der graphischen Industrie zu einem Berufsgruppenverband — ähnlich der Metall- oder Holzarbeiter — zu vereinigen. Ein solcher Verband dürfte eine gewaltige Macht gegenüber den Arbeitgebern bedeuten und würden letztere wohl nicht mehr so leicht zur Aussperrung greifen. Bedauerlich sei, daß die Buchdrucker hierzu nicht das nötige Interesse zeigen. Ferner sei es nicht mehr zeitgemäß, wenn Buchdrucker, Lithographen, Steinbrucker und Buchbinder, die doch häufig in einem Betrieb gemeinsam beschäftigt sind, grundverschiedene Lohnbedingungen haben, bezgleichen getrennt sind durch die verschiedenen Organisationen. Die eventuelle Gründung eines graphischen Industrieverbandes, wenn ernstlich ins Auge gefaßt, müsse auf den Verbandstagen wohl reichlich erörtert werden, aber allzu schwierige Hindernisse ständen dem nicht im Wege. Am Schluß seiner Ausführungen gibt Krüster noch eine Schilderung des graphischen Kartells in Hamburg, das sich seit seinem Bestehen bestens bewährt habe.

Die beiden Vorträge werden gemeinsam zur Diskussion gestellt und entzupnt sich darüber eine lebhafte Debatte. Pennig wendet sich gegen die Tarifabschlüsse, die zum großen Teil für die Arbeiter nichts taugen. Der Tarif der graphischen Hilfsarbeiter in Hamburg, der vor kurzem sein Tageslicht erblickte, sehe allen Tarifabschlüssen die Krone auf. Da sei es doch bedeutend vorteilhafter, keinen Tarif zu haben als einen solchen, der noch oben drein auf fünf Jahre abgeschlossen ist. Unsere Berufsangehörigen dürften durch diesen Hilfsarbeiter-tarif noch sehr zu leiden haben.

Berand glaubt nicht, daß man sich gegen Tarifvereinbarungen immer abschließen kann. Manche Tarifabschlüsse hätten den Arbeitern auch schon bedeutende Vorteile gebracht. Bezüglich des Tarifs der graphischen Hilfsarbeiter stimme er allerdings Pennig zu. Was die Affordarbeit in den Tarifstädten anbelangt, so empfehle er dabei nicht zu heißes Blut, denn so leicht, wie Schlegel sich die Beseitigung derselben denkt, ginge das nicht. Das Verbot der Affordarbeit hätten andere Gewerkschaften schon durchsetzen wollen, aber es doch nicht vermocht. Für Leipzig dürfte die Lösung dieser Aufgabe ganz besonders schwer sein. Daß die Leipziger Arbeitsmethode unserem Beruf nicht zuträglich ist, sei allerdings eine feststehende Tatsache; ebenso feststehend ist, daß wir an der Wasserleuchte fast allein stehen als Gegner der Affordarbeit. Redner gibt sich als Gegner des Staffelleittrags zu erkennen und betont, ein mäßig erhöhter Einheitsbeitrag dürfte der

Staffel unbedingt — schon aus praktischen Erwägungen — vorzuziehen sein.

Rindfleisch wendet sich gegen Schlegels Ausführungen in der Tarifangelegenheit. Schlegel kämpfte da gegen Windmühlensflügel; so grundschlecht seien unsere Tarifabschlüsse denn doch nicht. Die Leipziger Affordarbeit ließe sich seines Erachtens schließlich beseitigen, wenn man ernstlich wolle. Medner spricht ferner gegen den Staffelleistungsbeitrag, auch gegen die Jubiläumsversicherung. Dem eventuellen Zusammenstoß der graphischen Verbände stehe er sympathisch gegenüber.

Rübe ist für einen Einheitsbeitrag von 50 Pf. Desgleichen spricht Schütt sich dafür aus. Frau Bluhm bekämpft den Tarif der graphischen Hilfsarbeiter und plädiert für den Zusammenstoß der graphischen Bezüge.

Waldburger ist für einen mäßig erhöhten Einheitsbeitrag bis 55 Pf. Für den Staffelleistungsbeitrag kann sich Lübeck nicht besonders erwärmen. Medner spricht seine Verwunderung aus, daß die Hamburger Zahlstelle sich für den Staffelleistungsbeitrag ins Zeug legt, indem sie einen Antrag gestellt hat, worin sie im Prinzip für die Staffelleistung eintritt. In der Hamburger Versammlung seien bei der Abstimmung nur wenige Kollegen zugegen gewesen. Da sei es doch bedauerlich, daß man solche Anträge den Anwesenden zur Abstimmung vorlegt.

Willehmi ist zwar kein besonderer Freund der Tarifverträge, doch zwingt die Notwendigkeit oft dazu.

Küster wendet sich zunächst gegen Schlegels tarifliche Auffassung und gibt sodann ein kurzes Resümee der Diskussion: Der vom Gauleiter angeregte Kampf gegen die allgemeinen Tarifverträge hat bei der übergroßen Mehrheit der Delegierten keine Zustimmung gefunden. Dagegen war man sich klar, daß eine etwas größere Beitragsleistung nötig ist, um größeren Kämpfen gewappnet gegenüberzutreten. Die Antreibung des Zusammenschlusses sämtlicher graphischen Bezüge zu einem einheitlichen Industriebetrieb ist von sämtlichen Rednern als erstrebenswert erachtet worden.

Es wird zu den eingelaufenen Anträgen übergegangen. Zunächst liegt ein Antrag von Altona vor, wonach das Delegiertenwesen auf den künftigen Gantagen geregelt werden soll. Der Antrag wird von Willehmi begründet. Nach kurzer Diskussion wird es jedoch beim alten System belassen.

Ein Antrag von Flensburg auf Gewährung von Darlehen als Reisevorschuss an unbemittelte ledige Gehilfen, die gezwungen sind, an anderen Orten Stellung anzunehmen, wird, nachdem mehrere Redner dagegen gesprochen haben, dem Gauvorstand überwiesen.

Ein weiterer Antrag von Flensburg, welcher besagt, daß der nächste Gantag in Flensburg abgehalten sei, wird nach kurzer Diskussion ebenfalls abgelehnt, indem sich fast sämtliche Redner aus agitatorischen Gründen für Lübeck oder Hamburg aussprechen.

Pfennig stellt hierzu folgenden Antrag: „Als Ort des nächsten Gantages wird Lübeck bestimmt. Sobald nicht andere triftige Gründe vorliegen, sollen die künftigen Gantage dieses Gaus aus Zweckmäßigkeitsgründen in Hamburg-Altona oder Lübeck abgehalten werden.“ Dem wird zugestimmt.

Ein Antrag von Küster, die Berichte, Statistiken der Zahlstellen nebst Wiedergabe der wichtigsten Verhandlungspunkte des Gantages zu Kiel in Broschürenform herauszugeben und zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder abzugeben, wird nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Unter Punkt Agitation wünscht Schütt-Schwerin, der Gauvorstand solle sich mehr als bisher der kleinen Zahlstellen annehmen. Er brauche ja nur ab und zu Referenten aus Hamburg zu senden, dann gebe es wieder frischeres Leben unter den Kollegen.

Seitmann begründet einen Flensburger Antrag, wonach mindestens zweimal im Jahr Flensburg von einem Hamburger Referenten besichtigt werden soll.

Schlegel meint hierzu, wenn die kleinen Zahlstellen die dadurch entstehenden Kosten selbst tragen wollten, ginge das wohl. Die Gantasse kann infolge ihrer Schwäche die Kosten nicht decken. Die kleinen Zahlstellen sollten sich in solchen Angelegenheiten an die Verbandskasse wenden, damit diese die Agitationskosten trage.

Nachdem noch mehrere Redner aus den kleinen Zahlstellen für bessere Agitation plädierten, stellt Pfennig folgenden Antrag:

„Zwecks besserer Agitation in den kleinen Zahlstellen des Gaus G sind von seiten des Verbandsvorstandes mehr Mittel als bisher üblich dem Gauvorstand zur Verfügung zu stellen.“

Der Antrag gelangt einstimmig zur Annahme. Hierauf erstattet Willehmi im Namen der Rechnungsprüfungskommission Bericht: Die Kom-

mission, welche die Abrechnung genau geprüft habe, bemerkt den Gaubeitrag von Kiel I. Quartal 1906.

Vetter- und Stolze-Kiel können darüber keine Aufklärung geben, da der damalige Kassierer nicht mehr in Kiel weilt, der Kassierer hätte jedoch einen gewissenhaften Eindruck hinterlassen.

Schlegel erklärt auf das Bestimmteste, das Geld vom Kassierer nicht erhalten zu haben. Die Gaubeitrag-Listen teilweise recht unrichtig ein, der Kieler Kassierer habe das erste Quartal 1906 zweifellos verbucht. Auf Antrag wird Schlegel Decharge erteilt. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Küster gibt ein kurzes Resümee der Arbeiten des Gantages, weist sodann auf den festlichen Empfang hin, der von der Kieler Zahlstelle den Delegierten bereitet wurde. Außerdem hätten es die Kieler Kollegen verstanden, den Sitzungssaal geschmackvoll zu dekorieren und spreche er im Namen der Delegierten der Zahlstelle Kiel den Dank aus. Erfreulicherweise hätten sämtliche Delegierten den Verhandlungen das größte Interesse entgegengebracht und glaube er, daß die Delegierten die Anregungen, die sie auf dem Gantage empfangen haben, umbringen für den Verband in die Heimat tragen. Medner bringt auf die Zahlstelle Kiel ein Hoch aus, in welches die Delegierten mit einstimmen.

Schlegel betont noch, wie jeder Verbandstag ein Markstein in der Geschichte unseres Verbandes sei, so auch die Gantage. Wir wollen hoffen, daß unser Verband von den Arbeitgebern wieder so gefördert werde, wie er es früher war. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wird hierauf gegen 7 Uhr der Gantag geschlossen.

Vernst. Winandi.

Korrespondenzen.

Nachstehende Firmen sind gesperret: R. Priester u. Co., Lyngspapier- und Zelluloidwarenfabrik in Berlin und G. Wolfensberger in Zürich. Gesperret sind: für Buchbinder die Sektionen Genf, Lausanne, Neuenburg (Neuchâtel), Chaux de Fonds und Locle des schweizerischen Buchbinderverbandes; für Eisnarbeiter: Wien.

An alle unsere Mitglieder richten wir die dringende Aufforderung, vor jedem Stellungswechsel sich bei den örtlichen Bevollmächtigten nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Plätzen zu erkundigen. Nur dadurch wird es möglich sein, die allorts bestehenden Lohnvereinbarungen striktestens einzuhalten. Keiner verläumde diese seine Pflicht, sondern Stärke durch strengste Beachtung dieser die Position unseres Verbandes.

Deffau. Wir Deffauer schreiben selten, aber heute wollen wir einiges hören lassen. Die Firma F. A. Seiler ist seit Bestehen der hiesigen Zahlstelle das Schmerzenskind für die Organisation gewesen. Glauben die Kollegen allorts, namentlich die, welche früher hier schon mal eine Gastrolle gaben — und deren sind es nicht wenige —, daß nach Beilegung des im vergangenen Herbst stattgefundenen Konfliktes Ruhe eingetreten wäre, so täuschten sie sich. Gleich am anderen Tage äußerte sich der bekante Herr Abteilungsvorsteher Brizner, daß die Wiedereinstellung der an der Bewegung teilgenommenen Kollegen nur den Schein der Ruhe erwecken sollte, nach Weihnachten flögen selbige wieder hinaus, ja er stellte sich an den Dreifneider und lernte einen eben aus dem Krankenbette entlassenen jungen Mann an und lachte dem dort beschäftigten Kollegen höhnisch zu. Daß die Frauen und Mädchen in diesem Eldorado Decken machen, Bücher einlegen und anpappen, dürfte zu den Seltenheiten Deutschlands gehören. Dadurch gehen natürlich Arbeiten, welche überhaupt nicht zu beschreiben sind, in die Welt hinaus. Charakteristisch wirkt ferner, daß genannter Herr einer Arbeiterin plötzlich bei einer Kartonnagenarbeit den Preis von 7 Mk. auf 1 Mk. herabsetzte, und erst als der Vertrauensmann vorstellig wurde, sah sich Herr Brizner veranlaßt, 5 Mk. pro 1000 für die Zukunft zu zahlen. Einen besonderen Wert legt Herr B. auf die eingegangenen Stellenangebote, welche er bei jedem gegebenen Moment seinen Leuten vorlegt, um zu beweisen, daß er noch Arbeitskräfte findet. Deshalb möchten wir gleichzeitig an die Kollegenschaft das Ersuchen richten, bevor sie sich mit der Firma in Verbindung setzen, sich bei dem örtlichen Bevollmächtigten genau zu informieren. Daß die Organisation dem Abteilungsvorsteher ein Dorn im Auge ist, beweist folgendes. Vor etlicher Zeit kam er dahinter, daß unser Verband auch unter den weiblichen Berufsangehörigen Fuß gefaßt hat. Flugs betrieb er die seine Politik und versuchte, den Kolleginnen Stellen in einem anderen Betriebe anzubieten mit der Versicherung, sie einzuweisen zu versorgen, denn auch sie müßten im gegebenen

Moment die Arbeit mit niederlegen. In Wirklichkeit aber hat der Fluge Herr Werkführer nur Angst vor dem Ausbau der Organisation unter der Arbeiterinnen. In letzter Zeit stellte er nur unorganisierte Kollegen ein, aber auch diese setzen bald ein, daß es nötig ist, sich gerade hier zu organisieren. Wenn nun der Herr Abteilungsvorsteher scubt, durch die jetzt vorgenommenen Kündigungen, namentlich unseres Vorstehenden, die Organisation aus dem Wege zu schaffen, dann ertzt er sich gewaltig. Die Ortsverwaltung wird alles aufbieten, nur tüchtige Mitglieder zu erziehen, die dem Herrn bei Gelegenheit einmal den Standpunkt gehörig klar machen.

Frankfurt a. M. „Ich habe mir die Herren schon gekauft“, so sagte kurz nach seinem Eintritt in die Firma Rohm der Werkführer Schwarz zu unseren Kollegen. Mit dem „gekauft“ waren natürlich die Firmeneinhaber gemeint. Herr Schwarz ist unter den Kollegen wohl keine unbekante Persönlichkeit, speziell in Leipzig und Berlin. Bei Lüderitz u. Bauer in Berlin hatte er es durch seine „besonderen Fähigkeiten“ zum Werkführer gebracht. Doch zur Freude der Kollegen dauerte es nicht lange. Sch. ist einer derjenigen, die vermeinen, daß sie das, was ihnen an sachmännischen Kenntnissen abgeht, durch brutales Wesen ersehen müssen. Sinzu kommt, daß er mit der Wahrheit sehr häufig auf dem Kriegsfuß steht, wie wir in seinem Wesen wiederholt den Herrn Chefs nachweisen konnten. Das „gekauft“ war aber wohl nicht weit her, denn zu seinem Bedauern mußte er immer erfahren, daß die Inhaber nicht mit seinem rigorosen Vorgehen einverstanden waren. Um seinen Einfluß nicht vermindert zu sehen, wurde nun zu dem so beliebten Mittel der Verborgung gegriffen, und glaubte er, so Uneinigkeit unter die Kollegen zu bringen. Daß unter solchen Umständen die Wogen manchmal ziemlich hoch gehen, ist begreiflich. Um nun die „Reinigungsverschiedenheiten“, die zwischen Sch. und dem Personal bestehen, zu beseitigen, wünschte er in eine Werkstubeversammlung eingeladen zu werden, welchem natürlich gerne entsprochen wurde, da es uns auf diese Weise möglich schien, dem Herrn einmal sein ganzes Sündenregister vorzubalten. Ein großer Tag stand bevor, die Kollegen und Kolleginnen freuten sich auf die Generalabrechnung, die zwischen dem Vorstand der Zahlstelle und Schwarz stattfinden sollte. Herr Schwarz schien seiner Sache doch nicht ganz sicher zu sein, denn kurz vor Geschäftsschluß entschuldigte er sich beim Vertrauensmann mit den Worten: „Wir paßt es heute abend schlecht, ich habe noch eine Kalkulation zu machen, ein anderes Mal.“ Diese Mitteilung erregte natürlich große Heiterkeit in der Versammlung. Eine gute Ausrede ist einen Taler wert, das war auch die Ansicht aller Anwesenden.

Neuerdings sind es die Deckenmacher, die sich seiner besonderen Aufmerksamkeit erfreuen und zwar weil sie sich weigerten, Nechtsunden zu machen nach dem „System Schwarz“, d. h., wenn dieselben wenige Minuten vor Feierabend angemeldet werden. Einen Kollegen drohte er von der Maschine wegzwerfen.

Da Herr Schwarz die „Buchbinder-Zeitung“ gerne liest, glauben wir nicht anders handeln zu können, als ihm die Möglichkeit zu geben, eine kurze Biographie über seine Person darin zu finden. Ganz besonders erjuchen wir jedoch Herrn Schwarz noch, recht eifrig Knigges Umgang mit Menschen zu studieren. Unsere Schuld ist es nicht, wenn die Differenzen einmal auf einen Weg führen, der vielleicht selbst Herrn Schwarz unangenehm werden könnte. Bei dem Entgegenkommen der Geschäftsleitung den Arbeitern gegenüber ist nicht anzunehmen, daß dieselbe mit allem einverstanden ist.

Wir empfehlen der Geschäftsleitung dringend, Herrn Schwarz anzudeuten, Wege zu wandeln, die zum Vorteil der Arbeiter und der Firma gereichen werden.

Stuttgart. Die Stellung von Anträgen zum Verbandstage beschäftigte die Versammlung vom 27. April. Anträge zum Statut waren sieben eingegangen, allgemeine acht. Außerdem lagen eine Anzahl Anträge des Kollegen Drechsel vor, so die Staffelleistungsfrage betreffend. Da dieselben aber, weil verspätet eingetroffen, nicht mehr gedruckt werden konnten, wird über diese nicht verhandelt. Der Antrag Kaiser, Erwerbslosenunterstützung einzuführen, zeitigt eine längere Diskussion, wird jedoch verworfen, da unsere Unterstützungsanstaltungen der Art der Erwerbslosenunterstützung voraus seien. Angenommen wird jedoch nach lebhafter allgemeiner Aussprache der Antrag Krenmlinger, welcher die Einführung einer Krankenunterstützung vorsieht. Um solchen unliebamen und traurigen Erfahrungen wie im vorigen Jahre beim Streik nicht wieder zu begegnen, wird folgender Antrag angenommen: „Jedes Verbandsmittel hat ohne Rücksicht auf seine geschäftliche Stellung die Interessen des Verbandes

nach jeder Richtung hin zu wahren und bei event. Streif jede Streitarbeit zu verweigern. Dem Antrag der Zahlstelle Karlsruhe, welcher die Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters für Gau 13, 14 und 15 verlangt, wird mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit zugestimmt. Eine lange und scharfe Debatte findet der Antrag Memmlinger: „Der Sitz des Verbandes wird nach Leipzig verlegt, der des Ausschusses nach Stuttgart.“ Der Antragsteller meint, das goldene Zeitalter sei mit Berlin nicht gekommen. Die Beamten sollen sich besser in den Reihen ihrer Berufskollegen umschauen, als eine Beamtentafel für sich zu bilden. Er glaubt, daß eher Leipzig einen Stamm tüchtiger, tüchtiger Kollegen besitze und dadurch befähigt sei, den Verbandsvorstand in zufriedener Weise zu besetzen, der sich dort eine gesunde Basis finden würde. Dem Antrag Thalheim auf Uebertragung zur Tagesordnung wird nicht entsprochen. Renner sagt: Es könne nichts schaden, wenn jetzt nach drei Jahren in ruhiger Weise die Stimmung, der Groll zum Ausdruck komme, welche man gegen die Sitzverlegung und den Hauptvorstand in Berlin haben müsse. Er hält es aber für verkehrt, den Antrag von der Zahlstelle Stuttgart zu stellen, der Untergrund würde uns gemacht, wir wollten den Sitz wieder selbst haben. In demselben Sinne spricht Ranzhaf und glaubt er im übrigen, daß auch Leipzig nicht die Garantie der ruhigen Entwicklung biete. Es wird der Antrag der Sitzverlegung mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit angenommen.

Die Versammlung vom 11. Mai beschäftigte sich mit den Gesamtanträgen zum Verbandstage A 1 bis 38 außer „Beitrag“. Außerdem fand folgender Antrag nach ausgedehnter Debatte Annahme: Die von der Zahlstelle Stuttgart gewählten Delegierten sind verpflichtet, 1. nicht gegen die von der Zahlstelle gestellten Anträge zu sprechen oder zu stimmen; 2. für die Anträge zu stimmen, für welche sie besonders den Auftrag erhalten; 3. die bei der Beratung der Anträge ersichtliche Mehrheitsansicht tunlichst bei ihrer Abstimmung zu berücksichtigen. Es wird in der Debatte von einem Redner gesagt, daß nach seiner Meinung etwa der Antrag 97 auf Absatz 2 vorstehenden Antrages Anwendung finden könne. Hierbei erklärt Kollege Dietrich, wenn dieser Antrag — Sitzverlegung — in der nächsten Versammlung zur Beratung kommen würde, sich mit aller Schärfe dagegen wenden zu wollen. Ein unglücklicherer Antrag hätte von Stuttgart nicht eingebracht werden können. Im Verschiedenen berichtigt Memmlinger einen Irrtum des letzten Versammlungsberichts. Bei der Erwägung der Möglichkeiten der Einführung einer Invalidenunterstützung habe er gesagt, daß wohl $\frac{2}{3}$ der Arbeitsunfähigkeit beim Bezuge von Unterstützungen verlangt würden, auch halte er nur 1 Mk. Krankengeldzuschuß nicht für ausreichend.

Berlin. Vor Eintritt in die Tagesordnung der außerordentlichen Generalversammlung vom 16. Mai machte Klar von dem Ableben des Kollegen Nikolaus Konrad den Anwesenden Mitteilung und wird dessen Andenken in üblicher Weise geehrt.

Zum 1. Punkt führt Kollege Klar aus, daß die kombinierte Verwaltungsführung sich mit der Frage der Aufstellung der Kandidaten befaßt hat, aber zu keinem Beschluß gekommen sei, der Versammlung bestimmte Vorschläge, diesen oder jenen Kollegen zu wählen, zu machen. Die verschiedenen Branchen haben in ihren Versammlungen Kandidaten nominiert und befinden sich 24 Kandidaten auf der Liste, welche vorgelesen wird. Ferner gibt Klar bekannt, daß anlässlich des Falles „Hanke“ im Vorjahre der Verbandsausschuß beschlossen habe, daß Hanke innerhalb eines Jahres keine Ehrenämter bekleiden darf. Redner meint, dies vorbereiten zu müssen, damit nicht, wenn etwa Hanke gewählt, der Ausschuß auf dem Verbandstag gegen die Wahl des Hanke protestieren und die Wahl dadurch für ungültig erklärt wird, aber die Zahlstelle Berlin dann durch einen Delegierten weniger vertreten ist.

Hierüber entzündet sich eine lebhafteste Debatte, an der sich die Kollegen Kunath, Mehl, Wienke und Herzog beteiligen. Dieselben sprechen gegen die Ausführungen des Kollegen Klar. Hoffmann wendet sich dagegen, daß immer von der Mutterbranche gesprochen wird, die Nebenbranchen dagegen immer hinten angehängt werden, dieselben aber doch die Gelder für die Klämpfe, welche die Buchbinderbranche geführt, mit aufgebracht haben.

Klar weist nochmals auf das Wahlreglement hin. Die Wahl findet zwischen 5—10 Uhr statt und wird in folgenden Lokalen vollzogen: Für den Süd-Osten im Gewerkschaftshaus, für den Süd-Westen: Lindenstraße 3 II. Hof bei Schmidt, für den Norden: Lindowstraße 26 bei Sachs, für den Nord-Osten bei Feind, Weinstraße 11. Den Wahlkommissionsmitgliedern werden 6 Mk. und den Revisoren 3 Mk. Entschädigung für ihre Mühe bei der Wahl gezahlt.

Redner gab darauf Bericht der Kommission zu den Verbandsanträgen. Er behandelte zunächst den ersten Teil derselben, über den dann diskutiert

wurde. Infolge vorgerückter Zeit und schwachen Besuchs der Versammlung wurde die Debatte abgebrochen, ein Antrag, von der weiteren Beratung abzusehen und die übrigen Anträge den Delegierten zur Beratung zu überlassen, angenommen.

Redner bedauert, daß er durch den Schlußantrag verhindert sei, den § 131 ins richtige Licht zu stellen. Daß organisierte Arbeiter einen berechtigten Antrag stellen, der genau dasselbe besagt, als wie im Gesetz betreffend die Reichsjährigkeit der Berufsvereine verlangt wurde, sei eine Schmach für unseren Verband.

Zum Schluß wurde noch ein Antrag eingebracht, daß diejenigen Mitglieder, welche am 1. Mai nicht geehrt haben und trotzdem die Mainmarkt nicht bezahlen wollen, aus dem Verbandsausgeschloffen werden sollen. Ueber diesen Antrag wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Solingen-Wahl. Am Samstag, den 18. Mai, tagte im „Gewerkschaftshaus“ eine Mitglieder-versammlung, die sich hauptsächlich mit den Anträgen zum Verbandstage sowie mit dem am 25. Mai stattfindenden Goutage befaßte. Zum 1. Punkt referierte Kollege Bruns. Er ließ die wichtigsten Punkte eine kurze Revue passieren und behandelte hauptsächlich die Beitrags- und Unterstützungsfrage. Redner betont, daß er von jeher ein Gegner der Staffelleistungen gewesen und auch jetzt, trotzdem diese Frage bedeutend mehr ventiliert, er noch keine gerechte Staffelfestsetzung der Beiträge finden könne. Am annehmbarsten sei der Vorschlag des Verbandsvorstandes und habe auch dieser noch seine Mängel. So müßten die Kollegen in Rheinland und Westfalen zur vierten Klasse gerechnet werden und den höheren Beitrag zahlen, während Kollegen in anderen Orten, wo der Lohn 20 Mk. beträgt, zur dritten Klasse steuern, trotzdem die Lebensverhältnisse in unserer Provinz für einen ledigen Kollegen 2 bis 3 Mk. pro Woche teurer sind als wie in Thüringen usw. Für einen Verheirateten würde sich der Unterschied noch bedeutend höher stellen. Redner bringt einige Vergleiche anderer Verbände, die ebenfalls Krankenunterstützung haben und nur 10 Pf. dafür zahlen. Er kommt zu dem Resultat, daß wir entweder 5 Pf. Beitrag mehr erheben und dafür keine weitere Unterstützung einführen, höchstens könnte die Arbeitslosenunterstützung einer Revision unterzogen werden. Wünschten aber die Mitglieder einen Krankenzuschuß, dann müßte es möglich sein, mit 10 Pf. Beitragserhöhung dieselbe einzuführen, damit den Zahlstellen noch die Möglichkeit gegeben sei, einen Lokalbeitrag zu erheben.

In der Diskussion sind die meisten Redner gegen einen Staffelleistungsbeitrag und sprechen sich im Sinne des Referenten aus. Kollege Böhm streift noch kurz einige Zeitungsartikel über den Verbandstag, bespricht die Branchenfrage, betont, daß wir auch ferner noch einige Gauler anstellen müßten, bemängelt die Zusammenstellung der Wahlbezirke und wünscht, daß in Zukunft mehr Rücksicht auf die Provinz genommen wird. Auf Wunsch wird die Debatte geschlossen, um nach dem Goutage darin fortzufahren. Als Delegierte zum Goutage werden die Kollegen Manters und Bruns gewählt. Die Aufstellung eines Kandidaten zum Verbandstage entspringt einer kurzen Diskussion und wird Kollege Bruns für den 12. Bezirk aufgestellt.

Zum nächsten Punkt bringt der Vorsitzende ein Schreiben betreffs Gauausflug nach Bonn zur Kenntnis. Bis zur nächsten Versammlung soll die Zahl der Teilnehmer festgestellt werden. Ferner bringt der Vorsitzende die Angelegenheit der bekannten Firma Fischer vor. Die Firma sucht auf alle mögliche Weise billige Arbeitskräfte zu bekommen. Zuerst läßt sie sich einen warm empfohlenen unorganisierten Presser aus Leipzig kommen. Jedoch mußte der gute Mann nach acht Tagen wegen seiner guten Leistungen Solingen schon wieder verlassen. Jetzt versucht die Firma jüngere Gehülfen als Kolonistare zu bekommen. So versuchte die Firma unter einer Deckadresse, wofür sich ein Abteilungsleiter, ein Herr Langensiefen, hergab, in Elberfeld und Barmen junge Gehülfen zu bekommen. Ein junger Kollege, der sich darauf meldete, bekam den Firmeninhaber nicht zu sehen, sondern verhandelte nur mit dem Herrn Langensiefen. Der noble Herr bot dem jungen Gehülfen 14 Mk. Wochenlohn und dafür sollte er im Pressen und anderen Arbeiten ausgedient werden. Nach längerer Verhandlung versiegte er sich auf 16 Mk. Es wurde der junge Kollege auch nach seiner Zugehörigkeit zur Organisation gefragt, und als er das verneinte, freute sich der Herr Abteilungsleiter, endlich eine billige und willige Arbeitskraft erworben zu haben und so langsam die verheißenden Solinger Verbandsmitglieder los zu werden. Doch der gute Mann hatte die Rechnung ohne den Verband gemacht, und ehe er sein Opfer seinem Herrn Chef vorstellen konnte, hatten die bösen Verbänder ihn in ihre Mitte genommen, um ihn vor dieser

menschenfreundlichen Aus-ildung zu bewahren. Dem Kollegen wurde noch bedeutet, wenn es ihm möglich sei, noch einige junge Leute mitzubringen.

Wir warnen hiermit alle auswärtigen Kollegen, billige Stellen nach hier anzunehmen, da die Lebensverhältnisse hier so teuer sind, daß ein Lediger mit 25 Mk. Minimallohn kaum auskommen kann. Ferner machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, sich bei eventuellen Engagements nach hier vorher mit dem Bevollmächtigten in Verbindung zu setzen.

Die nächste Versammlung findet am Samstag, den 1. Juni, statt. Es ist Pflicht aller Mitglieder, pünktlich zu erscheinen, da eine wichtige Tagesordnung, sowie die Wahl eines Delegierten zum Verbandstage vorliegt.

Die auswärtigen Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Firmen C. M. Krieger sowie Fr. C. Kaiser, Solingen, gesperrt sind.

Hamburg. Am 23. Mai fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht gab Küster. Versammlungen fanden statt: 1 General- und 3 Mitgliederversammlungen. Vorträge wurden 3 gehalten. Der Besuch der Versammlungen war ein guter. Für den Vorstand war das 1. Quartal an zu bewältigender Arbeit reichhaltig. Die anlässlich des in Kraft getretenen neuen Buchbrudertarifs im Januar eingeleitete Bewegung in den Druckereien hat für uns schöne Erfolge gezeitigt. Von 48 Firmen haben 38 dem Buchbinderpersonal Zulagen von 1—3 Mk. gewährt und gleichzeitig den Minimallohn auf 16 Mk. für weibliche und auf 28 Mk. für männliche Arbeiter erhöht. Die Arbeitszeit wurde in 37 Betrieben Sonnabend um $\frac{1}{2}$ Stunde gekürzt.

Die Fluktuation der Mitglieder war eine äußerst große. Die Zahlstelle zählt am Schluß des Quartals 318 männliche und 272 weibliche Mitglieder.

Den Kassenbericht gab Volz. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 2336,45 Mk., eine Ausgabe von 1253,12 Mk., an die Verbandskasse wurden abgeführt 1000 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 1140,70 Mk., eine Ausgabe von 1002,85 Mk., an den Lokalfestvereins wurden 500 Mk. abgeführt. Der Ickter beträgt jetzt 4955,55 Mk., wovon 1000 Mk. beim Gewerkschaftshaus, der Rest bei der Produktion angelegt sind.

Küster erstattet sodann Bericht vom Goutage. Die Diskussion hierüber wird vertagt, bis der Bericht in der Zeitung erschienen ist.

Als Verbandsstagsdelegierte werden vorgeschlagen Küster, Wilhelm, Wendt und Pfennig.

Die Abrechnung vom Maskenball ergab einen Ueberschuß von 152,25 Mk. Beschllossen wurde, auch im nächsten Jahre in der alten Weise einen Maskenball abzuhalten.

Im Verschiedenen wird von Pfennig moniert, daß der Verbandsvorstand trotz Ablehnung der Invalidenunterstützung durch die Abstimmung den Punkt als Antrag auf dem Verbandstage wieder einbringe. Dies müsse erfräglich gerügt werden. Redner schlägt vor, den zu wählenden Delegierten ein gebündeltes Mandat dahingehend mitzugeben, daß dieselben strotze gegen die Einführung der Invalidenunterstützung auf Kosten der Beitragserhöhung stimmen. Es äußerten sich hierzu Küster, Zupancic und Schlegel. Beschlüsse werden hierüber nicht gefaßt.

Dresden. Am Freitag, den 24. Mai, fand eine Versammlung statt, in welcher Kollege Pfüke in ausführlicher Weise über die Aufgaben des diesjährigen Verbandstages referierte. In der Diskussion wurden die verschiedensten Meinungen zum Ausdruck gebracht. So erklärte sich Lange gegen jegliche Erhöhung der Beiträge der weiblichen Mitglieder. In bezug auf die Staffelleistungsfrage glaubt er, daß diese die schwierigste Frage des Verbandstages werde. In letzterem Punkte befindet er sich in Uebereinstimmung mit O. Kohl, welcher die gleichen Befürchtungen hegt. Dieser befürwortete das System der Selbstversicherung. Verwunderlich findet er es, daß die höchste Beitragsklasse den Mitgliedern mehr bietet als die niederen. Dadurch sollen anscheinend die Mitglieder für die höhere Beitragsklasse empfänglicher gemacht werden. Redner erklärt sich ferner gegen die Anträge 7 und 35 (zum Statut). Im weiteren Verlauf der Debatte werden noch die allgemeinen Anträge 50 und 62 befürwortet.

Als Kandidaten sind nominiert seitens der Verwaltung die Kollegen Val. Kohl, S. Lange und Küpper, welche letzterer schon längere Zeit in Märgeln und Niederjeschitz für unsere Organisation tätig ist. Zu Vorgenannten schlägt die Versammlung noch O. Kohl vor.

Der Bibliothekskatalog ist im Druck erschienen und wird er, um die Ankosten zu decken, für 10 Pf. pro Stück abgegeben.

Die Partie in die Sächsisch-Schweiz findet am 16. Juni statt. Zu wünschen ist, daß sich mindestens 230 Personen an derselben beteiligen, da in diesem Falle eine Fahrpreisermäßigung (auf 1,60 Mk. pro Person) stattfinden würde. Am 9. Juni Ausflug nach Banneberg. Treffpunkt bei Finkenbrunn dortselbst.

Zum Jahresbericht pro 1906.

Knapp vier Wochen vor dem Verbandstag hat der vor langer, langer Zeit bereits angekündigte Bericht des Verbandsvorstandes für das Jahr 1906 doch noch das Licht der Welt erblickt. Wer aber erwartet haben sollte, daß derselbe eine gewissenhafte und wahrheitsgemäße Registrierung, eine sachliche und objektive Würdigung der Ereignisse, die sich im verflochtenen Jahre abspielten, enthalten und somit ein wertvolles Stück Geschichte über die Entwicklung und die Kämpfe, die unsere Organisation durchzumachen hatte, sein wird, der dürfte allerdings enttäuscht sein.

In Berliner leitenden Kreisen hatte man in dieser Hinsicht nach all den Vorkommnissen, die im Vorjahre zwischen Vorstand und örtliche Verwaltung spielten, nicht allzubiell von dem Bericht erwarten können. Nicht nur, daß der Bericht — und zwar in einem seiner wichtigsten Kapitel, „Die Aussperrung in den Tarifstädten“ — oft genug Behauptungen enthält, die entschieden von der Wahrheit abweichen. Es ist überhaupt zu einem großen Teile eine Polemik, die in hohem Maße unaufrichtig ist, unaufrichtig deshalb, weil er voll Angriffen wimmelt und es den darin angegriffenen Mitgliedern und Körperchaften unserer Organisation nicht möglich ist, sich an gleicher Stelle zu verteidigen. Während man die Beschlüsse des Vorstandes und die Handlungen seiner Mitglieder in salononischer Weisheit erklängen läßt, gibt es sonst nur Vorwürfe, wobei die Berliner am meisten herhalten müssen, was die Vermutung sehr nahe legt, als hätte der Vorstand bei der Abfassung des Berichtes seine höchste Aufgabe darin erblickt, die Kollegenchaft der Provinz gegen die Berliner Kollegen scharf zu machen. Deshalb sehe ich mich veranlaßt, den einzigen Weg, der noch gegeben, zu beschreiten und in den Spalten der „Buchbinder-Zeitung“ in möglichstster Kürze auf den Bericht einzugehen, einesteils, um die schiefen Darstellungen und die Behauptungen, die einer wahrheitsgetreuen Grundlage entbehren, richtig zu stellen und anderenteils die gegebenen Darstellungen zu ergänzen, um so all denen, die den hinter uns liegenden Ereignissen nur von ferne zusehen konnten, die Möglichkeit zu bieten, sich ein objektives Urteil bilden zu können.

Im ersten Abschnitt: „Der Anlaß zur Aussperrung“, finden wir eine gedrängte und zutreffende Schilderung über die Maifeier von ihrem Entstehen bis zum Jahre 1906, in dem ja mit ganz besonderem Eifer für eine würdige Maifeier Propaganda gemacht worden ist, weil sie zugleich als Demonstration gegen „das elendeste aller Wahlsysteme“, das Dreiklassenwahlrecht in Preußen, gelten sollte. Nachdem noch der Beschlüsse verschiedener Generalversammlungen deutscher Gewerkschaften Erwähnung getan wird, wird zur Schilderung der Verhältnisse und zur Maifeier in unseren Berufe übergegangen, um dann zu dem Schluss zu kommen, daß man es nun begreifen könne, wenn eine Versammlung der Berliner Werkstufen-Vertrauensleute aller Branchen zur einstimmigen Annahme der Maifeier-Resolution gekommen sei, die dann auch im Wortlaut wiedergegeben wird. Nachdem erwähnt der Verfasser die Mitgliederversammlung vom 4. April, die die Resolution zum endgültigen Beschluß für die Zahlstelle Berlin erhob, um dann auf die Resolution selbst mit folgenden Worten einzugehen:

„Betrachtet man sich Resolution und Zusatzantrag objektiv, so wird man nicht behaupten können, daß sie sich besonders von früheren Maifeier-Resolutionen an Schärfe unterscheiden, da ja nur in denjenigen Betrieben, „wo es die Organisationsverhältnisse zusaft erscheinen lassen, am 1. Mai die Arbeit zu ruhen hat“. Der Zusatzantrag in seinem letzten Absatz ließ sogar ausdrücklich die Möglichkeit, von der Arbeitsruhe abzusehen, auch für diejenigen offen, denen sonst die Gelegenheit zur Arbeitsruhe gegeben war. Die Schärfe erhielt die Resolution erst in den nachfolgenden Werkstufen-Versammlungen, in denen kräftige Töne für die strikte Durchführung der Arbeitsruhe angeblasen wurden.“

Jeder, der den Bericht ohne jede Voreingenommenheit liest, wird finden, daß diese Worte im Widerspruch mit dem vorher Gesagten stehen. Ja und man wird zugeben müssen, daß das Verhalten in den Werkstufen-Versammlungen durchaus im Sinne des Beschlusses vom 4. April gelegen war. Nun braucht man, schon um den Verfasser nicht zu kränken, nicht etwa anzunehmen, daß er nicht mehr wußte, was er vor dem geschrieben hat. Man kann im Gegenteil ruhig annehmen, daß der Verfasser bei seiner Beurteilung der Resolution zweifelsohne einen bestimmten Zweck verfolgt hat. Man sieht sich eben in den Kreisen der obersten Leitung unserer Organisation von einer gewissen Schuld oder — vielleicht richtiger gesagt — Mitschuld nicht ganz frei, was, wenn dem auch mit keinem Worte Erwähnung getan wird, ohne weiteres

aus den gleich nachfolgenden Worten zu erkennen ist. Daher das Bestreben, das zwar nicht ganz einwandfrei, aber sehr begründlich ist, daß man sich nach einem Karnickel umsieht, auf das man alle Schuld abwälzt. Mit folgenden Worten wird dann der staunenden Mitwelt der vermeintliche Sünden vorgeführt:

„Erwähnt muß hierbei auch noch eines Umstandes werden, den man für kaum glaublich halten sollte: Der Verfasser der Maifeier-Resolution soll in der Versammlung am 4. April noch eine andere Resolution in der Tasche gehabt haben, die ziemlich genau das Gegenteil von dem besagte, was in der ersten enthalten war. Würde diese abgelehnt, so sollte der Versammlung jene empfohlen werden, die noch in der Tasche tiefsten Gründen ihrer Auserkennung harzte. Das ist eine Handlungsweise, die nicht genug zu beurteilen ist, da man bei solchen wichtigen Beschlüssen mit Resolutionen nicht so handeln darf, als ob man dem Geschmack des „hochbezeichneten Publikums“ nach jeder Richtung hin — sei es nach rechts oder nach links, je nach der Stimmung — Rechnung zu tragen befähigt sei.“

Dagegen, daß solche Vorkommnisse registriert werden, läßt sich gewiß nichts einwenden. Aber erwarten könnte man wohl, daß es der Wahrheit entsprechend geschieht und daß, schon um objektiv zu sein, ähnliche Vergehen, wenn sie auch von obersten Funktionären verübt werden und doch eigentlich nur dasselbe sind, gleichfalls erwähnt und demselben vernichtenden Urteil unterworfen werden, wie es hier geschehen ist. Daß es nicht geschehen ist, spricht für das erwählte Bewußtsein der Mitschuld, sowie für das durchaus resolvable schon oben erwähnte Bestreben. Doch zunächst zu dem, was der Bericht sagt: Der Verfasser der Maifeier-Resolution — welcher ist zwar nicht gesagt; die angenommene Resolution hatte bekanntlich mehrere Mitglieder zum Urheber, nehme aber an, daß ich, da ich mich unter ihnen befand, gemeint sein soll — hat keine zweite Resolution „in der Tasche tiefsten Gründen“ verborgen gehabt, wie es der Bericht behauptet. Tatsache ist, daß ich in der Versammlung am 4. April unter den Eindrücken der Reden, die gegen die von den Vertrauensmännern vorgeschlagene Resolution vom Stapel gelassen wurden, eine Resolution geschrieben und als Eventualantrag dem Bureau der Versammlung übergeben habe. Sie wurde gleich darauf zur Verlesung gebracht, ohne daß der Verbandsvorstand, der fast vollzählig anwesend war und die Versammlung ihrer Entrüstung über diese — um mit den Worten des Jahresberichts zu reden — nicht genug zu beurteilende Handlungsweise Ausdruck gaben. Daß die Resolution das gerade Gegenteil von dem besagte, was in der angenommenen enthalten war, mag Auffassungssache sein. Wichtig aber ist, daß dieselbe gegenüber der gleichfalls vorgelassenen Resolution der Ortsverwaltung den Unterschied aufwies, daß sie, weil etwaige der Maifeier wegen erfolgende Entlassungen nicht als Maßregelungen unterstützt werden sollten, den Mitgliedern auch nicht die Verpflichtung auferlegte, sich an der Maifeier beteiligen zu müssen, was doch gewiß nur logisch ist. Daß es so war und nicht anders, wird man in dem Bericht, den die „Buchbinder-Zeitung“ (1906 Seite 126) über diese Versammlung brachte, bestätigt finden. Daß das nun eine nicht genug zu beurteilende Handlungsweise gewesen sein soll, vermögen außer mir auch andere nicht einzusehen. Als eine solche kann sie eben nur erscheinen, wenn sie zu dem verdröht wird, wie man es im Jahresbericht beliebt hat. Immerhin mag auch dieser Vorfall, wie er den Tatsachen entspricht, ein erwähnenswerter Zwischenfall sein, dessen alleinige Ausführung aber doch nicht genügen dürfte, um die Versammlung vom 4. April in ihrer Bedeutung und in ihrem ganzen Verlauf richtig zu würdigen. Zum mindesten wäre doch das Auftreten des Verbandsvorstehenden Kloth in dieser Versammlung erwähnenswert gewesen, der vor Annahme der Resolution der Vertrauensmänner warnte, indem er all die Bedenken, die andere zuvor geltend gemacht hatten, nochmals zum Vortrag brachte, um dann anfänglich einzelner Zurufe aus der Versammlung gerade das Gegenteil von dem zu sagen, was vorher seinem Munde entquoll. Auch er empfahl nun die Resolution der Vertrauensmänner zur Annahme. Wie man über eine solche Handlungsweise zu urteilen hat, findet man auf Seite 22 des Jahresberichts pro 1906.

Der Bericht kommt dann zu der Vertrauensmännerführung vom 28. April, in der sich jener weise Salomon fand, der den Vorschlag machte, in jedem Betriebe am 1. Mai einen gewissen Prozentsatz des Personals zur Herstellung der dringlichsten Aufträge zuzulassen. Daß dieser Vorschlag von vornherein befürwortet wurde, ist eine jener Unwahrscheinlichkeiten, von denen der Bericht mehrere enthält. Befürwortet wurde er nur vom Verbandsvorstehenden. Die Berliner Funktionäre waren sich

samt den Vertrauensleuten darüber klar, daß ein solcher Beschluß, nachdem der Beschluß des Arbeitgeberverbandes vorlag, harer Instanz gewesen wäre. Es gab eben nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder die Maifeier zu einer möglichst umfassenden zu gestalten, oder aber für die Betriebe, die dem Arbeitgeberverbande angehören, gänzlich von der Feier Abstand zu nehmen. Noch hatte es die Berliner Kollegenchaft an diesem Tage in der Hand, ihre Geschäfte selbst zu bestimmen. Ob es nun taktisch klug gehandelt war, daß der Verbandsvorstand begw. Vorsitzende schon an diesem Tage sich einzumischen für an der Zeit hielt und in einer selbstverständlich mit großem Beifall aufgenommenen Rede den Berliner Mitgliedern, falls sie darauf bestehen sollten, den Beschluß vom 4. April durchzuführen, die Unterstützung des Verbandsvorstandes sowie der gesamten deutschen Kollegenchaft in Aussicht stellte, soll hier, nachdem auch der Jahresbericht darauf nicht eingeht, unerörtert bleiben.

Drollig ist es, wenn der Vorstand im Bericht sagt, daß er sich die Tatsache nicht erklären könne, daß weder innerhalb des Vorstandes noch von anderer Seite Anregungen an ihn gekommen seien, dem drohenden Angewitter möglichst vorzubeugen, obwohl er an drei Stellen zuvor von denen spricht, die vor dem Beschluß und seiner Ausführung gewarnt haben.

Ich will mich damit begnügen, das hier lediglich zu erwähnen und mir ein weiteres Eingehen darauf ersparen.

Dann wird erzählt, daß am 2. Mai vormittags der Bevollmächtigte der Zahlstelle Berlin, Kollege Klar, an einer Sitzung des Verbandsvorstandes teilgenommen und man sich dahin geeinigt habe, daß die Aussperrung möglichst auf Berlin beschränkt bleiben müsse, daher auch Streikarbeit in anderen Städten nicht unter allen Umständen zu verweigern sei. Daß eine solche Einigung zustande gekommen, muß bezweifelt werden, oder der Kollege Klar müßte ein jämmerlicher Held sein, wenn er zu solcher Einigung bereit war und am gleichen Abend in der Sitzung der Berliner Verwaltung das gerade Gegenteil als seine Ansicht zum Vortrag bringt. Daß dieser Beschluß der einzig richtige war, darüber können die Ansichten auseinandergehen. Daß er von der Berliner Kollegenchaft nicht verstanden werden konnte, ist sehr begründlich. Sie hatten sich eben die Hilfe des Verbandsvorstandes und der gesamten deutschen Kollegenchaft etwas anders vorgestellt. Nachdem der Bericht die Aussperrung in der ersten Maiwoche mit ihren Begleiterscheinungen behandelt, kommt er zu den Verhandlungen am 8. Mai, wobei den Kollegen der Firma E. O. Friedrich-Leipzig unbedeutigerweise, ja sogar sehr leichtfertig, der Vorwurf eines traffen Bruches gewerkschaftlicher Disziplin gemacht wird. Wohl alle Teilnehmer an der Sitzung vom 6. Mai in Leipzig dürften sich darin einig sein, daß die Arbeitsruhebelegung bei genannter Firma nur eine Folge des Beschlusses dieser Sitzung war.

Daß die Berliner Streikleitung, die nun einmal nicht einsehen konnte, daß die Taktik des Verbandsvorstandes die einzig richtige ist, wegen ihrer Maßnahmen, die sie zu treffen gedachte, weil sie ihre nach Lage der hiesigen Verhältnisse als notwendig erschienen, besonders liebevoll beachtet wird, nimmt weiter nicht wunder. Weiter ist jedoch, daß sich der Vorstand in dem Bahn befindet, mit der von ihm be liebten Taktik einen großen Sieg erpochten zu haben.

Noch manches, was der Bericht enthält, wäre der Erwähnung wert. Doch ich will mich bescheiden in der Erwartung, daß diese Zeilen dazu beitragen mögen, daß die künftigen Jahresberichte die Objektivität nicht wieder in solchem Maße vermessen lassen werden.

Berlin.

Viktor Bruck.

Zum Bericht vom Gantag des Gaus 6.

Es ist mir in der Seele zuwider, auf die tendenziösen, persönlich gefärbten Angriffe, denen ich hier seit längerer Zeit ausgesetzt bin und die auf dem Gantage in Kiel eine Neuaufgabe erlebten und die wiederum im Bericht, teilweise sehr entstellt, wiedergegeben sind, auch nur mit einem Wort entgegenzutreten zu müssen. Aber Schweigen würde in diesem Falle unangebracht sein und vielleicht auch falsch gedeutet werden. Aus dem reichlichen Material der Rednerungen und noch schlimmeren Dingen, die zum Teil „aus den Fingern gesogen“ sind, will ich nur einen Fall herausgreifen, um zu zeigen, mit welsch niedrigen Mitteln gegen mich gekämpft wurde.

Zur Zeit der Aussperrung in den Tarifstädten habe ich in Lübeck in einer Versammlung, der auch einige unserer verwandten Berufsgenossen beiwohnten, einen Vortrag über die Aussperrung gehalten. Als Grundlage diente mir das vom Verbandsvorstand zur Verfügung gestellte Material. Ich

